

Fluglärmstreit Neue Arbeitsgruppe soll Grundlagen für eine Lösung erarbeiten

Merkel will «gemeinsam» messen

Der Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Bern hat im Fluglärmstreit keine Lösung gebracht. Beide Seiten wollen noch einmal ganz neu beginnen – bei der Messung des Lärms.

Marcello Odermatt, Oliver Steimann

In den Fluglärmstreit zwischen der Schweiz und Deutschland kommt wieder Bewegung. Allerdings nicht nach vorn, sondern rückwärts. Oder wie es Bundespräsident Pascal Couchepin nach dem Arbeitstreffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Landgut Lohn im bernischen Kehrsatz gestern sagte: Man gehe «back to roots» (zurück zu den Wurzeln). Es gelte, wieder über die «technischen Probleme» zu sprechen. Das heisst konkret: Zunächst soll die eigentliche Lärmbelastung beidseits der Grenze neu gemessen werden. Zu diesem Zweck haben die beiden Regierungen beschlossen, eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Diesen Schritt beurteilte Merkel gestern vor den Medien als «sehr gut». Die Gesamtbelastung gelte es «gemeinsam» zu analysieren.

Paket «nicht weiterführend»

Die Arbeitsgruppe wird zunächst abklären müssen, welche Verfahren und Methoden überhaupt für die Messung angewandt werden. Aufgrund der Lärmwerte sollen dann Vorschläge für das weitergehende Prozedere gemacht werden. Deutschland erwarte, so Merkel, dass die Schweiz mögliche Wege aufzeige. Weiter machte die Bundeskanzlerin klar, dass eine Paketlösung, wie sie im Vorfeld ihres Besuchs aus Bern vorge-



Freundlich im Auftreten, hart in der Sache: Angela Merkel winkt den Fotografen zu, neben ihr Pascal Couchepin. (key)

schlagen wurde, «kein weiterführender Weg» sei. Im Angebot der Schweizer Seite waren Massnahmen gegen Lastwagenstaus an der Grenze, Infrastrukturprojekte im Bereich Bahn und Strasse sowie eine mögliche deutsche Beteiligung an Unique enthalten. Im Gegenzug erhoffte sich der Bundesrat eine flexiblere Haltung Deutschlands im Fluglärmstreit. Nach der Absage Merkels ist diese Lösung nun aber vom Tisch.

Aus dem Umfeld der beiden Delegationen wurde das Ergebnis überwiegend positiv beurteilt. SVP-Ständerat Maxi-

milian Reimann, Präsident der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag, sprach von «einem kleinen, aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung». Er sei froh, dass nun der Wille da sei, «gemeinsam und objektiv» Erkenntnisse zu gewinnen. Was sich daraus ergebe, sei natürlich offen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Landkreises Waldshut, Thomas Dörflinger, zugleich Präsident des Pendants der Delegation auf deutscher Seite, zeigte sich ebenfalls zufrieden – insbesondere, weil die Paketlösung vom Tisch sei.

Noch grössere Genugtuung herrschte gestern in Waldshut. Landrat Tilman Bollacher war über die unnachgiebige Haltung der deutschen Regierungschefin hoch erfreut. Schliesslich warte man schon seit Jahren auf verhandlungsfähige Vorschläge aus der Schweiz. Der Flughafen habe bereits mehrfach nachgewiesen, dass er den Betrieb auch mit einer geringeren Belastung der süddeutschen Anwohner problemlos aufrechterhalten könne, so Bollacher. «Ich sehe den schweizerischen Initiativen mit Neugier und grosser Gelassenheit entgegen.» Ganz anders sieht dies das flughafennahe Komitee Weltoffenes Zürich. Geschäftsführer Thomas Koller sprach in einer ersten Reaktion von einem «massiven Rückschritt». Mess- und Bewertungsmethoden zur Lärmbelastung seien längst vorhanden. «Und Deutschland befindet sich nach wie vor in der Position, dass es zu allen Vorschlägen einfach Ja oder Nein sagen kann.»

Noch keine Bewertung

Bei der Flughafenbetreiberin wollte man das Verhandlungsergebnis nicht bewerten. «Wir sind froh, dass sich beide Parteien wieder an einen Tisch gesetzt haben», erklärte Unique-Sprecherin Sonja Zöchling. Ähnlich zurückhaltend äusserte man sich bei der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. «Wir können das Resultat noch nicht einschätzen», sagte Rita Fuhrers Sprecher Gregor Lüthy. Zunächst wolle man sich von den Ansprechpartnern in Bern über die genauen Inhalte der getroffenen Vereinbarungen informieren lassen.

Intensiveren Steuerdialog verlangt

Angela Merkel besuchte gestern zum ersten Mal als deutsche Bundeskanzlerin offiziell die Schweiz zu einem Arbeitstreffen mit dem Bundesrat. Sie traf auf dem Landsitz Lohn bei Bern mit Bundespräsident Pascal Couchepin sowie den Bundesräten Micheline Calmy-Rey, Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz zusammen. Nach dem Treffen trat die Bundeskanzlerin mit Couchepin vor die Medien. Ihr erstes Thema war dabei keines der zwischen Deutschland und Schweiz derzeit aktuellen Dossiers, sondern vielmehr das kommende «Sportereignis» in der Schweiz und in Österreich – die Euro 08. Sie wünsche beiden Ländern für die Austragung der Spiele «viel Erfolg».

Zu den «strittigen» Themen, wie Merkel sie nannte, sagte die Bundes-

kanzlerin sodann nebst dem Fluglärmstreit (siehe Haupttext) etwas zum Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz. Hier macht die deutsche Bundeskanzlerin offenbar Druck. Der Dialog solle intensiviert werden, sagte sie. Ihr sei klar, die Schweiz sei stolz auf das Bankgeheimnis. Sie hoffe aber, dass über Zinsbesteuerungsrichtlinien und einen stärkeren Informationsaustausch Lösungen gefunden werden könnten. Merkel liess dabei durchblicken, dass sie sich eine ähnliche Lösung vorstellen könnte, wie es die Schweiz bereits mit den USA hat.

Merkels Skepsis am Gasvertrag

Weiter war auch der Gasliefervertrag mit Iran ein Thema, der vor einigen Wochen wegen dem offiziellen Besuch

von Calmy-Rey beim iranischen Präsidenten für Wirbel sorgte. Beim Gasdeal handelt es sich um einen Vertrag zwischen Iran und der Schweizerischen Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL). Sie, Merkel, habe dem Bundesrat ihre Skepsis gegenüber der Abhängigkeit vom Iran zum Ausdruck gebracht, was mit anderen Worten eine Kritik am Vorgehen der Schweiz bedeuten dürfte. Denn, so Merkel, Deutschland stehe dem iranischen Uranprogramm kritisch gegenüber. Bundespräsident Couchepin seinerseits kommentierte dies mit den Worten, es handle sich hier ja um strategische Interessen, auch sei ja die Schweiz nicht direkt betroffen, vielmehr Italien. Und man könne in dieser Sache ja unterschiedliche Standpunkte haben. (mob)

SVP Bern Mehrere hundert Delegierte führen hitzige Debatte über Bündner Kollegen

Berner wollen Bündner nicht ausschliessen

Mit 256 zu 222 Stimmen hat sich die SVP Bern gestern knapp gegen einen allfälligen Ausschluss der Bündner Sektion ausgesprochen.

Die Delegierten der SVP Kanton Bern folgten gestern Abend in Thun der Haltung des Kantonalvorstands. Sie entschieden, einen allfälligen Ausschluss der Bündner SVP aus der Partei nicht zu unterstützen. Der von Rudolf Joder präsentierte Antrag des Vorstands wurde jenem von Nationalrat Hansruedi Wandfluh gegenübergestellt. Dieser hatte beantragt, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aufzufordern sei, aus der SVP auszutreten. In der hitzigen

Debatte wurde teilweise mit harten Bandagen gefochten. Nationalrat Adrian Amstutz bezeichnete den Antrag des Vorstands, der vor allem rechtlich argumentierte, als «Nebelgranate». Widmer-Schlumpf habe die Partei an der Nase herumgeführt und müsse nun die Konsequenzen ziehen, meinte er. Verteidigt wurde der Antrag des Vorstands mit dem Argument, die «Zerfleischung» müsse ein Ende haben. Die «Machenschaften» des Vorstands der SVP Schweiz seien «nicht richtig».

Gegen eine «Beugehaft»

Bundesrat Samuel Schmid erinnerte die Delegierten daran, dass er sich auch nicht mehr als SVP-Bundesrat bezeichnen dürfe. Es falle ihm nicht ein, dies zu befolgen. Er lobte den Vorstand der



Rudolf Joder.

Partei als Vermittler und Brückenbauer. Die Mehrheit der Delegierten war schliesslich der Meinung, es gehe nicht an, die 3000 Mitglieder der SVP Graubünden in «Beugehaft» zu nehmen. Der Vorstand hatte vor einer Woche mit 21 zu 6 klar beschlossen, die Differenzen beizulegen. Die Bündner Partei aufzufordern, die Bundesrätin auszuschliessen, sei gegen «Gesetz und Statuten».

Das knappe Votum der Delegierten ist lediglich eine Empfehlung an die Berner Mitglieder des Zentralvorstands, im Zentralvorstand der SVP Schweiz gegen den Parteiausschluss der Bündner zu stimmen. Darüber hinaus offenbarte die hitzige Debatte, dass ein tiefer Riss durch die Partei geht.

Basler hinter Mutterpartei

Mit einem möglichen Ausschluss der Bündner Sektion befasste sich gestern Abend auch die SVP Basel-Stadt. Sie stellte sich hinter die SVP Schweiz. In einer Konsultativabstimmung sprachen sich 78 Parteimitglieder für den Ausschluss der Bündner aus. Dagegen votierten lediglich 2. Mit diesem Entscheid folgte die Basler SVP auch ihrem Parteivorstand. (sda)

Kommentar

Deutschland spielt auf Zeit

Oliver Steimann

Die mit dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin verbundenen Erwartungen waren, insbesondere im Flugverkehrsdossier, alles andere als hoch. Verschiedene Signale aus Berlin liessen bereits im Vorfeld erahnen, dass Angela Merkel zu einem raschen Durchbruch nicht Hand bieten würde. Die von der Schweiz mehrfach angestrebte Verknüpfung mit anderen Problemen des grenzüberschreitenden Verkehrs stiess in Berlin auf ebenso wenig Begeisterung wie in Stuttgart oder Waldshut.

Trotzdem: Was Bundespräsident Pascal Couchepin und sein hoher Gast nach ihrem Treffen zu berichten hatten, untertrifft alle Erwartungen. Der Beschluss über eine gemeinsame Arbeitsgruppe ist nicht mehr als das offizielle Eingeständnis, dass in den letzten zwei Jahren rein gar nichts erreicht worden ist. Mehr noch: Dass nicht einmal die seit Jahrzehnten vorgenommenen Lärmmessungen als Basis für die weiteren Gespräche anerkannt werden, bedeutet einen echten Rückschritt.

Längst bekannte Grundlagen müssen noch einmal neu erarbeitet und analysiert werden. Danach soll die Schweiz eine Lösung präsentieren. Dass im Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur (SIL) genau diese Arbeiten nach jahrelangen Querelen endlich erledigt wurden, interessiert Deutschland offenbar nicht. Man hat sich, obwohl zur Teilnahme eingeladen, bewusst rausgehalten. Um jetzt, wo es um konkrete Lösungen gehen sollte, einen Neustart zu verlangen. Eine Einigung ist damit einmal mehr in weite Ferne gerückt. Die Bundesrepublik spielt – das ist nun offensichtlich geworden – auf Zeit. Und mangels Alternativen bleibt der Schweiz vorläufig nichts anderes übrig, als mitzuspielen.

osteimann@zuoonline.ch

Schengen-Datenbank

Schweiz erfüllt Voraussetzungen

Am 9. Juni soll die Schweiz Zugang zur Schengen-Datenbank erhalten: Trotz Empfehlungen zu Unabhängigkeit und Ressourcen der Datenschützer sieht die zuständige Schengen-Arbeitsgruppe keine Bedenken für die Anbindung. «Der Bericht der Evaluierungsgruppe wurde sehr positiv aufgenommen», sagte Projektleiter Daniel Wüger vom Bundesamt für Justiz gestern. Sämtliche Voraussetzungen seien erfüllt. Wenn die EU-Minister Anfang Juni formell zustimmen, können die Schweizer Behörden fristgerecht den Zugang zu SIS-Datenbank erhalten. Dieser Anschluss ist notwendig, damit die technische Vernetzung an die Hand genommen werden kann.

Die Unabhängigkeit stärken

Allerdings orteten die Experten, die im März die Schengenkonformität der nationalen und kantonalen Datenschutzgesetzgebungen sowie Vorbereitungsarbeiten unter die Lupe nahmen, auch «Verbesserungspotenzial». Im Bericht werde der Schweiz empfohlen, die Unabhängigkeit der Datenschützer, insbesondere des nationalen Datenschutzbeauftragten, zu stärken. Es müsse nun verwaltungsintern abgeklärt werden, welche Handlungen sich aufdrängten, sagte Wüger. Auf Bundesebene ist, wie auch in einigen Kantonen, keine Genehmigung oder Wahl des Datenschützers durch das Parlament geplant. Die EU-Experten wiesen zudem darauf hin, dass neue Aufgaben auf die Datenschützer zukämen. Die entsprechende Aufstockung der Finanzen ist noch nicht in allen Kantonen beschlossen. (sda)